

Dr. Weisner Staatsminister

Chef der Präsidialkanzlei den Reichsministern gleichgestellt
 Der Führer und Reichskanzler hat durch Erlass verfügt, daß der Staatssekretär und Chef der Präsidialkanzlei in Zukunft die Amtsbezeichnung „Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers“ führt und im Range den Reichsministern gleichsteht. Auf Grund dieses Erlasses hat der Führer und Reichskanzler den Staatssekretär Dr. Weisner zum Staatsminister ernannt.

Dr. Otto Lebrecht Eduard Weisner wurde 1880 in Wischweiler im Unterelsaß geboren. Nach Beendigung eines Rechtsstudiums in Straßburg und Berlin trat er 1901 als Referendar in den elsass-lothringischen Justizdienst ein. 1910 ging er als Regierungsdirektor zur Verwaltung über und wurde ein Jahr später Regierungsrat in Straßburg. Bei Ausbruch des Krieges war er in der Generaldirektion der Eisenbahnen des Reichslandes tätig. Den Krieg machte er als Hauptmann der Reserve mit. Danach stand er kurze Zeit im Dienst des Auswärtigen Amtes als Geschäftsträger in der Ukraine und als Referent im Auswärtigen Amt selbst. 1919 wurde Dr. Weisner in das Büro des Reichspräsidenten berufen, wo er 1923 zum Staatssekretär ernannt wurde. Nach dem Tode des Reichspräsidenten v. Hindenburg beauftragte der Führer und Reichskanzler 1935 Dr. Weisner mit der Weiterführung der bisher vom Büro des Reichspräsidenten geführten Geschäfte. Die Bedeutung der Präsidialkanzlei wird durch die jetzt erfolgte Verfügung des Führers besonders unterstrichen.

Darré spricht zum Landvolk

Reichssendung am 12. Dezember, 11.30 - 12.00 Uhr

Im Hinblick auf die starke Beanspruchung der Dienststellen des Reichsnährstandes durch die Maul- und Klauenseuche und die Gefahr einer weiteren Ausbreitung hat der Reichsbauernführer angeordnet, daß der auf Ende November festgelegte Reichsbauernntag, die alljährliche Parolenausgabe an das Führertorps des Reichsnährstandes, in diesem Jahr nicht stattfindet. Der Reichsernährungsminister und Reichsbauernführer Darré wird daher an Stelle des ausfallenden Reichsbauerntages am Sonntag, dem 12. Dezember von 11.30 bis 12.00 Uhr, über alle deutschen Sender aus der Reichsbauernstadt Goslar eine Rede an das deutsche Landvolk halten, in der er die Parolen für den kommenden Abschnitt der Erzeugungsschlacht und die Aufgaben der Ernährungswirtschaft im Jahre 1938 bekanntgeben wird.

Dabei wird Reichsbauernführer Darré alle grundsätzlichen aktuellen Probleme der Agrarpolitik und Ernährungswirtschaft behandeln, die heute das Landvolk bei der Durchführung der Erzeugungsschlacht in der Praxis bewegen. Die Reichssendung am Sonntag, dem 12. Dezember, wird damit zugleich der Auftakt zu dem neuen Offensivabschnitt sein.

Aus der Reichsbauernstadt wird sich der Reichsbauernführer an alle deutschen Bauern, Landwirte, Landfrauen, Landarbeiter und die im Rahmen der Ernährungswirtschaft tätigen Deutschen wenden. Der Zeitpunkt dieser bedeutsamen Reichssendung ist so gewählt, daß jeder die Ansprache des für die deutsche Ernährungspolitik verantwortlichen Reichsministers und Reichsbauernführers hören kann.

Es ist Ehrenpflicht des ganzen deutschen Landvolkes, sich zu der festgelegten Zeit vor den Lautsprechern zusammenzufinden!

84157 Betriebe im freiwilligen Wettkampf

Im ganzen Deutschen Reich werden zur Zeit die im „Leistungskampf der deutschen Betriebe“ stehenden Betriebe überprüft. Die Gauobmänner der Deutschen Arbeitsfront, die für die Durchführung des Leistungskampfes in den Gauen verantwortlich sind, prüfen zusammen mit den politischen Hoheitsträgern, den Treuhändern der Arbeit und den Bezirkswirtschaftskammern. Die ersten Auszeichnungen des „Leistungskampfes der deutschen Betriebe“, die Leistungsabzeichen für vorbildliche Förderung von „Kraft durch Freude“, sind bereits aus Anlaß der 4. Jahrestagung der N.Z.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ an 50 auf diesem Gebiete vorbildliche Betriebe verliehen worden.

Der Beauftragte für die Gesamtdurchführung des „Leistungskampfes der deutschen Betriebe“, Reichsamtseiter Dr. Hupfauer, gibt jetzt in einer Aufstellung die Aufstellung der im Leistungskampf stehenden Betriebe nach den einzelnen Wirtschaftszweigen bzw. Reichsbetriebsgemeinschaften der Deutschen Arbeitsfront bekannt. Insgesamt stehen in den einzelnen Gauen 84157 Betriebe im freiwilligen Wettkampf. Es sind alle Betriebsarten und Betriebsgrößen vertreten. Kleinbetriebe des Handwerks und des Handels haben sich ebenso wie die Großbetriebe und Bergwerke zum „Leistungskampf der deutschen Betriebe“ gemeldet. Auch die Landwirtschaft, Behörden, Verwaltungen, Postämter und Verkehrsbetriebe stehen im Wettbewerb um die Auszeichnungen des Leistungskampfes der deutschen Betriebe.

Die 84157 im Leistungskampf stehenden Betriebe verteilen sich auf folgende Wirtschaftszweige bzw. Reichsbetriebsgemeinschaften: Nahrung und Genuss 5270, Textil 2978, Bekleidung und Leder 2563, Bau 7836, Holz 3127, Eisen und Metall 5922, Chemie 1281, Druck und Papier 3064, Verkehr und öffentliche Betriebe 2034, Bergbau 326, Banken und Versicherungen 2015, Freie Berufe 785, Landwirtschaft 4023, Stein und Erde, 3061, Handel 15 877, Das Deutsche Handwerk 23 995, zusammen: 84 157.

Zwei Millionen haben „Entartete Kunst“

Am 30. November schloß die Ausstellung „Entartete Kunst“ in München. In zwanzig Wochen besichtigten über zwei Millionen deutsche und ausländische Besucher diese Schandenspektakel einer wilden Kunstverherrlichung. Das Ergebnis faßte kürzlich ein befallener Besucher in einem Antwortepostblatt kurz und bündig in die Worte: „Man muß Hitler dankbar sein.“

Die Ausstellung, die eine vernichtende Abrechnung des neuen Deutschland mit jenen Kreisen darstellt, die mehr als ein Jahrzehnt lang in frecher Annahme diese zweifelhaften Nachwerke dem deutschen Volk als „Kunst“ aufzwingen wollten, erzielte überall die erwartete Wirkung. Wer nur ein einziges Mal inmitten der Scharen

Schnellste Lösung der jüdetendentschen Frage

Forderungen der Jüdetendentschen

In der Fortsetzung der Aussprache über den Staatshaushalt im Prager Abgeordnetenhaus verwies der Abgeordnete der Jüdetendentschen Partei, Dr. Sandner, darauf, daß von tschechischer Seite früher geäußert wurde, daß es eine jüdetendentsche Frage gäbe. Diesen Standpunkt hätten die Tschechen verächtlich müssen, denn heute könne kein vernünftiger Mensch leugnen, daß die nationalpolitischen Verhältnisse innerhalb der Tschechoslowakei den Gegenstand sehr ernster Unterhaltungen in den Vespredungen der Großmächte bildeten. In den Stunden, in denen in London auch über die Tschechoslowakei gesprochen wurde, sei die Erkenntnis auf tschechischer Seite notwendig geworden, daß die jüdetendentsche Frage schnell, gründlich und großzügig gelöst werden müsse, wenn nicht die Entwicklung eine Fortsetzung finden sollte, die die Tschechoslowakei zum inneren Chaos und zur außenpolitischen Vereinsamung führe.

Die Tschechen müßten froh darüber sein, daß es trotz der Spannungen zwischen den Volksgruppen in der Tschechoslowakei immer noch Lösungsmöglichkeiten gäbe, bei denen die Hoheit des Staates unangetastet bleibe. Allerdings müßten, so führte Abgeordneter Sandner aus, die Jüdetendentschen darauf bestehen, daß eine solche Lösung in erschöpfender Weise gesetzlich verankert werde und daß die Volksgruppe dazu als Rechtsträger höherer Ordnung hinzugezogen werde.

Gerade die Vespredungen des 18. Februar an die deutschen Regierungsparteien gäben den Beweis für die Notwendigkeit solcher Gesetze, denn die Vespredun-

gen hätten gezeigt, mit welchem Geschick es die Tschechen verstanden, durch die Abgabe unverbindlicher Versprechungen tatsächlichen Verpflichtungen auszuweichen. Es dürfe sich daher nicht um Vereinbarungen mit einer im Amt befindlichen Regierung handeln, sondern die Stellung der deutschen Volksgruppe in der Tschechoslowakei müsse endgültig klargestellt werden.

Abgeordneter Sandner verwies darauf, daß Dr. Benesch in seinem Buch über die österreichische Reichsfrage schon im Jahre 1908 erklärte, daß die Versöhnung der Deutschen und der Tschechen in Böhmen nur auf der Grundlage der Selbstverwaltung möglich wäre. Dr. Benesch, der seitdem Staatspräsident, habe damals geschrieben: „Dann würde sich jede Nation gemäß ihren eigenen Kräften entwickeln, und der Staat würde nicht länger angefaßt werden, die eine oder die andere zu begünstigen.“ Das seien dieselben grundsätzlichen Erkenntnisse, die heute die Jüdetendentschen bezeugen. Es sei insbesondere ganz unrichtig, wenn man behauptete, daß die Forderung nach Selbstverwaltung eine undemokratische Gesinnung oder eine Gefährdung des Staates bedeute.

Veranstaltungsverbot aufgehoben

Das kurz nach den Ereignissen von Teplitz-Schönau gemäß einem Beschluß des Ministerrates vom Prager Innenministerium am 23. Oktober 1937 erlassene Verbot der Abhaltung politischer Versammlungen wurde am Mittwoch aufgehoben.

Großzügige Anlage für die Hamburger Abwässer

Der schon lange gehegte Plan, Hamburgs Abwässer für die Schleswig-holsteinische Landwirtschaft nutzbar zu machen, nimmt jetzt greifbare Formen an. Für die Verinselung sind ein 25 000 Hektar großes Gebiet, das sich von Voerlängst bis Bad Bramstedt erstreckt, und ein 17 000 Hektar großes Gebiet zu beiden Seiten des Elbe-Trave-Kanals vorgesehen. Die Gesamtkosten für Pumpanlage und Rohrnetz werden sich auf etwa 70 Millionen RM belaufen. Man rechnet damit, daß die Arbeiten spätestens im Jahre 1942 beendet sind.

Sowjetsystem für die Tschechoslowakei

Die Polnische Telegraphenagentur lenkt in einer Prager Meldung die Aufmerksamkeit auf einen Versuch der tschechischen Kommunisten, sich in die Regierungskoalition einzuschleichen, um dadurch sozusagen „latentsfähig“ zu werden und wie in den „Volkfronten“ anderer Länder ohne Störung und Vorkehrungen ihre Betätigungsfelder zu erweitern zu können.

Die PWT, weilt zu melden, daß in Prag auf Veranlassung der Moskauer Kominternzentrale eine Versammlung der kommunistischen Oberböden in der Tschechoslowakei stattgefunden habe, in der die Kumbierung der kommunistischen Taktik besprochen wurde. Die Kommunisten versprachen sich von einer Regierungsabteilung wachsenden Einfluß auf die marxistischen und liberalistischen Parteien. Als Hauptziel des Wandverses sei aber in der Signa ganz offenkundig die Einführung des Sowjetsystems in der Tschechoslowakei bezeichnet worden.

Der an der Sitzung teilnehmende Abgeordnete der Moskauer Kominternzentrale gab Anweisungen für die Verstärkung der Arbeit in der tschechischen Armee und empfahl Methoden zur Spaltung und Zersetzung der tschechoslowakischen bürgerlichen Parteien, vor allem bei Erörterung von Verfassungsfragen.

Der Warschauer „Dziennik Narodowy“ weist darauf hin, daß von Brunn aus die kommunistische Arbeit in Oesterreich, Ungarn, Polen und Rumänien geleitet werde und daß die einzelnen Sektionen hauptsächlich aus Juden, die aus diesen Ländern stammen, besetzt werden.

Unauffhaltsamer Vormarsch auf Nanjing

Wie das japanische Nachrichtenbüro Domei von der Mittelchinafront meldet, hat die Spitze der auf vier Straßen gegen Nanjing marschierenden japanischen Armeen bereits einen Ort 70 Kilometer vor Nanjing erreicht. Man rechnet damit, daß Nanjing schon Mitte Dezember in japanischem Besitz sein wird, spätestens aber Weihnachten.

Wie das Kaiserliche Japanische Hauptquartier mitteilt, haben die japanischen Marineflieger seit dem Ausbruch des China-Konflikts 417 chinesische Flugzeuge zerstört. Davon wurden 199 im Luftkampf abgeschossen, die anderen 218 auf dem Boden vernichtet. Dagegen sind nur 60 japanische Flugzeuge verlorengegangen.

Japanischer Schritt in Hongkong

In London erregt eine aus Hongkong stammende Nachricht der Domei-Agentur großes Aufsehen, wonach der dortige japanische Generalkonsul bei einer Demarche im britischen Generalgouvernement auf die antijapanische Tätigkeit von Mitgliedern der chinesischen Zentralregierung aufmerksam gemacht habe, die aus Nanjing mit einer Sondermission in dem britischen Schutzgebiet eingetroffen sind. Der Generalkonsul habe erklärt, daß die weitere Duldung politischer Umtriebe seitens chinesischer Regierungsmitglieder gegen Japan unbillig sei, und eine Verwicklung Hongkongs in die Auseinandersetzungen mit China führen könnte. Die Tokio-Agentur bezeichnet den Schritt ausdrücklich als eine Warnung; der japanische Vertreter habe gefordert, daß alle in Hongkong feststellbaren Umtriebe gegen Japan restlos zu unterdrücken seien.

Im Unterhaus erwiderte Außenminister Eden auf eine Frage zu der Erklärung des japanischen Ministerpräsidenten über die angeblich beabsichtigte Militärkontrolle in Schanghai: „Wenn ich auch gegen jede übertriebene Schlussfolgerung aus der Erklärung bin, so kann die englische Regierung natürlich nicht das Recht irgend einer der an der Niederlassungsverwaltung beteiligten Mächte anerkennen, einseitige Maßnahmen zur Lösung von Problemen zu treffen, die sich aus der Verwaltung der Internationalen Niederlassung ergeben.“ Eden fügt auf eine weitere Frage, ob der britische Botschafter in Tokio keine Vorstellungen erhoben habe, noch hinzu: „Sie müssen nicht annehmen, daß nichts geschehen ist.“

von deutschen Volksgenossen aus München und dem Reich und von Ausländern durch die Räume der „Entarteten Kunst“ abzu, konnte feststellen, mit welcher Verstandeslosigkeit der geistig gesunde Mensch diesen Erzeugnissen einer kranken Einbildung und einer zerstörenden Geisteshaltung gegenübersteht.

Staatsfeiertag in Jugoslawien

19. Jahrestag seiner Staatsgründung

Der Staatsfeiertag der Vereinigung der Serben, Kroaten und Slowenen wurde am Mittwoch in ganz Jugoslawien feierlich begangen. Im sahnengeschmückten Belgrad fanden in sämtlichen Kirchen Gottesdienste statt, an denen auch Vertreter der Regierung teilnahmen. Dem Gottesdienst in der orthodoxen Kathedrale wohnten das Diplomatische Korps und die Generalität bei. Bei dem Gottesdienst in der Schloßkapelle war die königliche Familie mit dem jungen König Peter II. und den Mitgliedern des Regenschaftsrates zugegen.

Sämtliche Blätter veröffentlichten anläßlich des Staatsfeiertages Gedenkartikel, in denen die historische Bedeutung der vor 19 Jahren erfolgten staatlichen Vereinigung der Südslawen gewürdigt wird. Das halbamtliche „Vreme“ weist in einem Artikel darauf hin, daß auch jugoslawische Einigungsprozess gleich dem bei anderen Völkern nicht innerhalb einer Generation vollendet sein könne. Eine künftige Generation aber werde das vollkommene und ideale Jugoslawien erleben.

Kriegsteilnehmer berufenste Diplomaten

Der französische Staatspräsident vor Frontkämpfern

Bei einem Empfang der ausländischen Abordnungen des ständigen internationalen Frontkämpfer-Komitees im Elysée hielt der Präsident der französischen Republik, Lebrun, eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: „Es gibt keine edlere und nützlichere Aufgabe als die, welche Sie sich gestellt haben: zwischen den Völkern einen größeren Geist des gegenseitigen Verständnisses zu schaffen, ihnen zu zeigen, daß die Menschen, wenn sie sich einander nähern und sich, wie Sie es auf Ihrer Tagung getan haben, frei unterhalten wollen, nicht so verschieden sind, wie man gelegentlich zu denken und zu behaupten versucht, und ihnen die Wohlthaten des Friedens zu zeigen.“

Der Lärm der Waffen habe aufs neue an verschiedenen Stellen des Erdballs wieder, so erklärte der Präsident weiter. Das sei ein Grund mehr, um mit Ruhe und Verständigkeit die Aufgaben zu verfolgen, die die ehemaligen Frontkämpfer sich gestellt hätten in der Ueberzeugung, daß sie, die den Krieg kennengelernt haben und von denen diese auf ihrem Körper schmerzliche Spuren dieser Zeit tragen, die Verurteilten sind und in sich jene moralische Kraft tragen, die schlechten Leidenenschaften der Menschen zu beruhigen. Sie auch könnten die Führer der Völker am wirksamsten zur Annäherung veranlassen und überzeugen, daß nur in einer auf Gerechtigkeit und Wahrheit beruhenden Vernunft die Grundlagen guter Beziehungen zu finden sind.

Staatspräsident Lebrun schloß mit dem Wunsche, daß das Vorhaben der Frontkämpfer von Erfolg gekrönt sein möge.

Alle evangelischen Pfarrer verhaftet

Kein protestantischer Gottesdienst in Sowjetrußland

Nach einer Meldung aus Leningrad sind dort die beiden letzten evangelischen Geistlichen in der Sowjetunion, die deutschen Pastoren Reichart, Vater und Sohn, von der G.P.U. verhaftet worden.

Während bis zur bolschewistischen Revolution auf dem heutigen Gebiet der Sowjetunion (also unter Ausschließung Polens, der baltischen Staaten und Finnlands) 192 evangelische Pfarrer im Amt waren, ist heute für die etwa 1 1/2 Millionen zählende protestantische Bevölkerung der Sowjetunion (darunter sind ungefähr 1,2 Millionen Deutschstämmige) kein einziger protestantischer Geistlicher mehr vorhanden. Nicht nur die protestantischen deutschen, sondern auch ihre lettischen, estnischen und finnischen Glaubensgenossen haben ihre sämtlichen Pfarrer verloren. Bereits vor einem Jahre waren nur fünf evangelische Geistliche in der Sowjetunion übrig geblieben: Pastor Streck in Moskau, Pastor Vogel in Odesa, die beiden genannten Pastoren Reichart und der lettische Pastor Wiklas in Leningrad, die inzwischen sämtlich verhaftet oder verbannt worden sind. Sie alle waren Deutschstämmige sowjetrußischer Staatsangehörigkeit. Auf dem ganzen Gebiet der Sowjetunion kann also heute keine protestantische Taufe, Eheschließung oder Beerdigung mehr abgehalten werden.